

**Abschlussposium: Demokratisches Europa**  
**Impulsreferat: Das bedingungslose Grundeinkommen in der Geschichte Europas**  
**Von Rahel Uhlenhoff**

Europas Wohlfahrtsstaaten sollen die Bürger angeblich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise tragen. Doch ihre Fundamente sind im Zuge der Globalisierung längst erodiert. Die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens (bGE) könnte die Wohlfahrtsstaaten auf eine neue, solidere Grundlage stellen. Doch warum sollte ausgerechnet das bGE die adäquate Antwort auf die soziale Frage unserer Zeit sein? Die Beantwortung dieser Frage erfordert eine historische Standortbestimmung unserer Gesellschaftssituation.

Historiker haben die Geschichte traditionell im Rahmen ihres Nationalstaats und erst im späteren Verlaufe der Europäischen Integration auch im transnationalen Rahmen Europas in den Blick genommen, während Soziologen und Politikwissenschaftler deren Erforschung gleich zu Beginn begleiteten. Laut dem Politikwissenschaftler Klaus von Beyme gilt die funktionale Ausdifferenzierung einer Gesellschaft als Kriterium einer modernen, mithin demokratischen Gesellschaft. Soziologen wie Max Weber, Talcott Parsons und Niklas Luhmann haben in ihren Systemtheorien diese Ausdifferenzierung in die Subsysteme Kultur, Politik, Soziales und Wirtschaft auf je eigene Weise beschrieben. Die Herausforderung sozialer Gestaltung besteht heute aktueller denn je in einer solidarischen Wirtschaftsordnung, da die Hegemonie der Subsysteme gegenwärtig zweifellos bei der Wirtschaft liegt. Das war jedoch nicht immer so.

Europas Selbstverständnis lag im Mittelalter noch im christlichen Kultur, die solange als eine einigende *res publica christiana* unter der Ägide des Papstes vom Klerus getragen wurde, bis die Forderung Martin Luthers nach individueller Glaubensfreiheit und die der Aufklärer nach religiöser Toleranz im Volk Verbreitung fand. Mit Beginn der Frühen Neuzeit verschob sich mit den aufstrebenden Staaten das Schwergewicht von der Kultur zur Politik, welche die Fürsten auf den Adel gestützt solange regierten, bis das Volk exemplarisch für Europa in der Französischen Revolution seine Mitbestimmung an der Politikgestaltung beanspruchte und in der Demokratie zur Geltung brachte. Mit Anbruch der Moderne verschob sich im Zuge der Industrialisierung das Schwergewicht wiederum von der Politik zur Wirtschaft. Kapitelkräftige Unternehmer aus dem aufstrebenden Bürgertum leiteten große Unternehmen von oben, während die Arbeiter erst im Zuge der Gewerkschaftsorganisation ihre Interessen von unten artikulierten. Dieser mitunter heiße Kampf der Klassen aus dem 19. Jahrhundert führte im 20. Jahrhundert zum Kalten Krieg der Systeme, der zwischen dem Kapitalismus des Westblocks und dem Sozialismus des Ostblocks ausgetragen wurde.

Doch die durch den Klassenkampf evozierte soziale Frage hat auch nach dem Ende des Kalten Krieges mitnichten eine befriedigende Lösung erfahren. Dem Unternehmer wird noch immer der abhängige Beschäftigte anstelle des unabhängigen Konsumenten gegenübergestellt. Der Konsument verfügt im Grunde genommen über eine doppelte Mitbestimmungsmacht. Er beauftragt einerseits mit jedem Kaufakt die Unternehmen der vorangehenden Wertschöpfungskette mit der Reproduktion des gekauften Produkts und führt andererseits die Steuern an den Fiskus des Staates zu dessen Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben ab.

Würde der Bürger über die Steuern die Politik finanziell steuern, sprich: den einen Teil gezielt für Aufgaben der öffentlichen Hand ausgeben und mit dem anderen Teil über den Transmissionsriemen des Steuer- und Sozialstaates sich solidarisch ein bGE schenken, dann würde er als Konsument auf dem Existenzniveau jederzeit kaufkräftig und als Produzent nicht mehr zu abhängiger Beschäftigung gezwungen sein. Der Mensch könnte dadurch sowohl die Politik als auch die Wirtschaft als Souverän von unten mitbestimmen und dadurch die historische Aufgabe der Gegenwart, die Wirtschaft von der Basis her ebenso selbstbestimmt wie solidarisch gestalten. In diesem Sinne stellt das bGE sowohl für die Bewältigung der Wirtschaftskrise einen kurzfristigen als auch für die Gestaltung einer solidarischen Ökonomie einen langfristigen Lösungsansatz dar, der von einem kleinen Baustein zum ganzen Umbau des Systems den Anstoß geben könnte: vom Steuer- und Wirtschaftswesen von oben zu einer Steuer- und Konsumdemokratie von unten.

Stand: Berlin, 20. April 2009